

DIVESTMENT: ES KÖNNTE GANZ SCHNELL GEHEN

GEWALTIGE TRANSFORMATIONSPROZESSE BENÖTIGEN GROSSE HEBEL

Die Dekarbonisierung wird kommen. Es geht lediglich um die Frage, wann und wie wir die Umstellung unserer Wirtschaftsweise, speziell der Energiewirtschaft, in Richtung eines geringeren Einsatzes von Kohlenstoff erreichen. Betrachtet man die „Energieproduktion“, liegt der einzig sinnvolle Weg im kompletten Umstieg von fossilen Energieträgern auf Erneuerbare Energien. Andere Modelle, wie das Verpressen von CO₂ in tiefe Bodenschichten oder die Nutzung von Atomenergie, sind nicht zielführend. Schließlich haben beide Technologien aufgrund endlicher Ressourcen eine zeitliche Beschränkung. Vor allem sind aber die Entsorgungsfragen ungelöst, die technologischen Risiken riesig und letztendlich nicht beherrschbar. Abgesehen davon, dass es zu deutlich höheren CO₂-Emissionen als beim Einsatz Erneuerbarer Energien kommen würde.

An ihren Taten soll man sie messen

Um den großen Schwenk zu schaffen, benötigt es große Anstrengungen. Es ist naiv zu glauben, dass ein solch gewaltiger Transformationsprozess bzw. eine Umverteilung von Macht und Reichtum reibungslos und schnell von statten gehen und per Dekret verordnet werden könnte. Dennoch wurden auf oberster Ebene mittlerweile deutliche Pfeiler gesetzt. Im Jahr des Pariser Abkommens ist viel passiert:

- Mai 2015: Papst Franziskus veröffentlicht mit der „Laudato si“ eine Enzyklika, die sich vor allem mit Umwelt- und Klimaschutz auseinandersetzt.
- Juni 2015: Beim G7-Gipfel auf Schloss Elmau wird vereinbart, die weltweiten Treibhausgasemissionen bis 2050 um 40% bis 70% im Vergleich zum Jahr 2010 zu reduzieren und die Weltwirtschaft bis 2100 vollständig zu dekarbonisieren.
- August 2015: Barack Obama veröffentlicht mit dem Clean Power Plan einen neuen Klimaschutzplan zur



Bild 1: Sie haben sich stets bemüht: Die Staats- und Regierungschefs

Senkung der US-amerikanischen CO₂-Emissionen.

- September 2015: Auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in New York wird der Klimaschutz als eines der 17 Ziele nachhaltiger Entwicklung festgelegt.
- Dezember 2015: Auf der UN-Klimakonferenz in Paris wird ein Übereinkommen verabschiedet, wonach die CO₂-Emissionen so reduziert werden, dass die globale Erwärmung möglichst auf 1,5°C begrenzt wird.

Zwar lassen die einzelnen Beschlüsse wenig Interpretationen zu, analysiert man jedoch ein wenig genauer, so muss man feststellen, dass die Niederschriften meist sehr allgemein gehalten und weichgespült formuliert sind. Beispielsweise hätte die Abschlusserklärung des G7-Gipfels vom Juni 2015 durchaus klarer verfasst sein können als:

In Anbetracht dieses Ziels und eingedenk der aktuellen Ergebnisse des IPCC betonen wir, dass tiefe Einschnitte bei den weltweiten Treibhausgasemissionen

erforderlich sind, einhergehend mit einer Dekarbonisierung der Weltwirtschaft im Laufe dieses Jahrhunderts.

... Entsprechend unterstützen wir als gemeinsame Vision für ein weltweites Ziel zur Verringerung von Treibhausgasemissionen, gemeinsam mit allen Vertragsparteien des UNFCCC, Treibhausgase bis 2050 im Vergleich zu 2010 entsprechend dem oberen Ende der jüngsten IPCC-Empfehlungen von 40 bis 70% zu reduzieren; hierbei erkennen wir an, dass diese Herausforderung nur durch eine globale Herangehensweise gemeistert werden kann. Wir verpflichten uns, unseren Teil dazu beizutragen, langfristig eine kohlenstoffarme Weltwirtschaft zu erreichen, auch durch die Entwicklung und den Einsatz innovativer Technologien, und streben bis 2050 einen Umbau der Energiewirtschaft an. ...

Wir bleiben der Abschaffung ineffizienter Subventionen für fossile Brennstoffe verpflichtet ... Wir bekennen uns dazu, Erwägungen bezüglich der Anpassung an und der Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel in unsere Entscheidungen in den Bereichen Entwicklungshilfe und Investitionen einfließen zu lassen.

Wir sind entschlossen, in Zusammenarbeit mit einschlägigen Partnern, einschließlich der Weltbank, eine auf Freiwilligkeit beruhende Plattform für einen strategischen Dialog zu diesen Fragen zu gründen.

Die Unterzeichner, die G7-Teilnehmer, werden die Umsetzung ihrer Beschlüsse ohnehin nicht mehr erleben. Würde der beabsichtigte Zeitplan nicht umgesetzt, die Staatsoberhäupter könnten dafür nur noch posthum zur Verantwortung gezogen werden, 2100 sind sie voraussichtlich tot: Matteo Renzi (125), David Cameron (136), Barack Obama (139), Stephen Harper (141), Donald Tusk (143), Angela Merkel, Francois Hollande und Shinzo Abe (alle 146 Jahre). Mit dieser Aussicht war es nicht allzu schwer ein solches Dokument zu unterschreiben. Ein wenig erinnert das Ganze an die guten Vorsätze von Sylvester, die gehen auch leicht über die Lippen. Übersetzt auf das Abkommen schworen alle: „Nächstes Jahrhundert verbrennen wir keine Kohle, Gas und Öl mehr.“

Ähnlich wenig konkret ist in seiner Konsequenz auch das vielgelobte Pariser Abkommen, welches wohl nur dank seiner freiwilligen Komponente zum Erfolg geführt werden konnte. Vielleicht waren es die Medien auch einfach leid, immer nur über geplatze Klimaschutzkonferenzen zu berichten. Ein verbindliches Abkommen wäre vermutlich auch gescheitert. Aber was genau wurde eigentlich vereinbart, anbei ein Auszug:

Das Ziel des Übereinkommens ist... :

- a. Begrenzung des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2°C über dem vorindustriellen Niveau, wenn möglich auf 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau. Dadurch sollen die Risiken und Auswirkungen des Klimawandels deutlich reduziert werden;
- b. Die Stärkung der Fähigkeit, sich durch eine Förderung der Klimaresistenz und geringeren Treibhausgasemissionen an die nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels anzupassen. Dieses soll in einer Weise geschehen, die nicht die Nahrungsmittelproduktion bedroht;
- c. Stärkung der Finanzströme, die zu einem Weg mit niedrigen Treibhausgasemissionen und klimaresistenter Entwicklung führen;

Geld zum Beseitigen der Schäden

Es ist zu befürchten, dass eine Dekarbonisierung im Laufe des Jahrhunderts

trotz des drängenden Handlungsdrucks durch den Klimawandel zu spät kommt. Viel zu sehr wird immer noch auf die Instrumente des Marktes gesetzt, auch wenn der gescheiterte Emissionsrecht-handel als negatives Beispiel wohl bekannt ist. Aber Zusagen finanzieller Art sind schon immer ein probates Mittel, um sich vor Pflichten zu drücken. Das dachte man sich in Paris wahrscheinlich auch. Abgesehen davon, dass es angesichts der hohen Verschuldung unserer Volkswirtschaften relativ leicht ist, sich auf einen Ablasshandel einzulassen und Geld zu versprechen, dass man genau genommen gar nicht hat. In der COP 21-Erklärung findet sich deshalb wohl die ausführlichste Erläuterung zu den Finanzströmen:

Stärkung der Finanzströme: Im Übereinkommen von Paris wurde darüber hinaus vereinbart, dass die Industrieländer von 2020 bis 2025 jährlich 100 Milliarden Dollar für den Umbau der Energieversorgung, aber auch zur Beseitigung von durch den Klimawandel verursachte Schäden zur Verfügung stellen. Allerdings wird ein Großteil dieser Gelder voraussichtlich als privatwirtschaftliche Investitionen in die Entwicklungsländer fließen und nur ein vergleichsweise geringer Anteil aus öffentlichen Quellen für die schon heute notwendige Behebung von klimabedingten Schäden. Bis zum Jahr 2025 können andere weiter entwickelte Schwellenländer wie z.B. China auf „freiwilliger Basis“ ebenfalls Unterstützungen leisten. Ab dem Jahr 2026 soll ein neuer, die 100 Milliarden US-Dollar übersteigender Klimafonds aufgelegt werden, an dem sich auch die Schwellenländer verbindlich beteiligen sollen.

Genau genommen handelt es sich um ein riesiges, globales Investitionsprogramm für das Kapital eingesetzt wird, um die vom Klimawandel verursachten Schäden zu beseitigen. Das rechnet sich. Bei aller Euphorie um Übereinkünfte ist es leider unabdingbar die Frage zu stellen, wer seinen Nutzen daraus ziehen möchte. Bei näherer Betrachtung sieht vieles dann nicht mehr ganz so blumig aus.

Fazit: Viel Text aber wenig Substantielles. Auf Konsequenzen der Beschlüsse wartet man deshalb auch bislang vergebens. Es scheint ja auch noch Zeit und wer genau was tun muss ist nicht geklärt, bis 2020 muss ratifiziert werden.

Systemwechsel unabdingbar

Die Welt hängt am Tropf der Wirtschaft, sprich an einem quasi-olympischen System, das nur eine Richtung kennt: „Größer-Höher-Weiter“. Alles wird mit Wachstum am Leben erhalten, selbst die ehemaligen Antipoden China und Russland sitzen längst im selben Boot.

Das globale Schneeballsystem ist immer auf der Suche nach Wachstumsmärkten und Geschäftsmodellen. Bedenkt man, dass die Weltwirtschaft überwiegend klimaschädlich agiert und somit nahezu sämtliches Kapital ausschließlich klimarelevant geparkt ist, kann man unschwer erkennen, wo der Hebel anzusetzen ist: Das Geld muss aus fossilen Anleihen abgezogen und anderswo reinvestiert werden. Jedoch ist derart immense Umschichtung nur schwer vorstellbar. Sollte es zu einer übereilten Kapitalflucht kommen gibt es, Stand heute, nicht genug alternative Anlagemöglichkeiten. Dank Finanzjonglagen und Kohlenstoffblase ist in Bezug auf reale Werte und Güter einfach zu viel Kapital im Umlauf.

Da drängt sich der Gedanke auf, ob diese Abkommen überhaupt umgesetzt werden sollen, oder ob es sich nicht um die große Show der Betroffenheitspolitik handelt. Die Verquickung von Mandatsträgern und Wirtschaft verschiebt die Prioritäten der Interessenvertreter. Es geht immer wieder um Märkte und Wirtschaft, nicht um das Klima. Das Problem: Die Erneuerbaren, zumindest die dezentralen, sind nur bedingt kompatibel zum Kapitalismus. Langfristig sichern sie kein Wachstum und beenden in letzter Konsequenz viele Abhängigkeiten.

Auch würde eine Umstellung auf Erneuerbare einer gigantischen Entwertung von Investitionen in fossile Energien bedeuten. Allein durch Abschreibung der fossilen Vorräte, die bei der Einhaltung des 2°-Ziels im Boden bleiben sollen, kommen immense Summen zustande. Verkehr, Ressourcengewinnung, Bohrungen oder auch Kriege: Zu viele profitieren von den CO₂-Emissionen. Unabhängig davon, ob der Kapitalismus die Wurzel allen Übels ist, sollte man sich generell fragen, ob grünes statt fossiles Wachstum gut ist und ob wir für die Befriedigung unserer Bedürfnisse überhaupt ein Wachstum benötigen. Ist man ehrlich, kann nur ein Nullwachstum, vor allen in den OECD-Staaten, garantieren, dass Effizienzgewinne zu einer Abschwächung der größten anthropogenen Katastrophe führen. Auch wenn es unbestritten ist, dass ein Wirtschaftssystem nicht grenzenlos wachsen kann wenn es gleichzeitig immer weniger Ressourcen benötigt, ist zu befürchten, dass wir uns eine Welt ohne Wachstum überhaupt nicht mehr vorstellen können. Grüne Technologien könnten den Ressourcenverbrauch aber zumindest stabilisieren.

Effizienz statt Wandel

Statt eines konsequenten Umbaus der fossilen Wirtschaft und eines Abbaus von volkswirtschaftlich bedenklichen Abhän-

gigkeiten setzt man hierzulande auf Altbewährtes. Um die Zielvorgabe, 2020 mindestens 40 Prozent weniger CO₂-Ausstoß gegenüber 1990, zu erreichen wurde vom für die Energieversorgung zuständigen Wirtschaftsministerium erst kürzlich die Prämisse „Efficiency first“ ausgerufen. Nicht zuletzt als Wachstumsmarkt ist Effizienz eine ideale Lösung. Im Vergleich zu „Erneuerbare first“ kann man durch Effizienz zunächst durchaus große Erfolge erreichen (siehe Kasten Jevons' Paradoxon). Beispiel Heizkessel: Ein Technologietausch von Niedertemperatur zu Brennwert spart bei Öl schnell mal 20 und 30 Prozent Brennstoff ein. Das Problem: Danach passiert auf dem Sektor erst mal 20 bis 30 Jahre nichts mehr, Effizienz brems somit bisweilen gewaltig. Effiziente Erneuerbare Energien können beides erreichen.

Überträgt man das Prinzip „Efficiency first“ auf die CO₂-Einsparziele, kann es dazu führen, dass diese nicht erreicht werden, da ein Technologiewandel aufgeschoben wird. GUD-Kraftwerke und Brennstoffzellenheizungen sind zwar sehr sparsam, aber auch langlebig. Diese Zeit haben wir jedoch nicht. Das Festhalten an fossilen Energien als Bestandsschutz träger Konzerne ist nicht hinnehmbar. So lange die Devise „Wachstum und Wirtschaftlichkeit first“ gilt mutiert „Efficiency first“ zu „Fossile first“.

Bezeichnend ist in dem Zusammenhang ein Kommentar zu dem Klimaschutzplan 2050 des Umweltministeriums. In einem Entwurf wurde darüber nachgedacht, ab 2030 in Neubauten keine Neuinstallation von Öl- und Gasheizungen mehr zuzulassen. Das SHK-Handwerk, in Person von ZVSHK-Präsident Manfred Stather, kann sich das offensichtlich gar nicht vorstellen und poltert: „Der Häuslebauer, der auch Wähler ist, lässt sich ungern vorschreiben, ob er seinen Torf im Garten ausstreuen darf, seinen Fleischkonsum halbieren muss oder zukünftig nicht mehr mit Öl oder Gas heizen darf. Wenn er sich hier widersetzt – ehrlich gesagt – ich könnte es verstehen.“

Dem muss man klar widersprechen. Natürlich müssen wir unseren Konsum einschränken. Mit einer Diät ist es nicht getan. Wir machen es uns zu einfach, lediglich die „Low hanging fruits“ zu ernten und uns zu freuen wenn die ersten Kilos purzeln. Vielmehr brauchen wir eine Ernährungsumstellung, sonst droht uns ein Jo-Jo-Effekt, wenn trotz effizienter Geräte keine effektiven Einsparungen gelingen. Schon viel zu lange kommen wir nicht vom Fleck und begnügen uns damit die niedrig hängenden Früchte zu ernten. Statt uns Leitern zu kaufen, diskutieren wir darüber welche die bes-

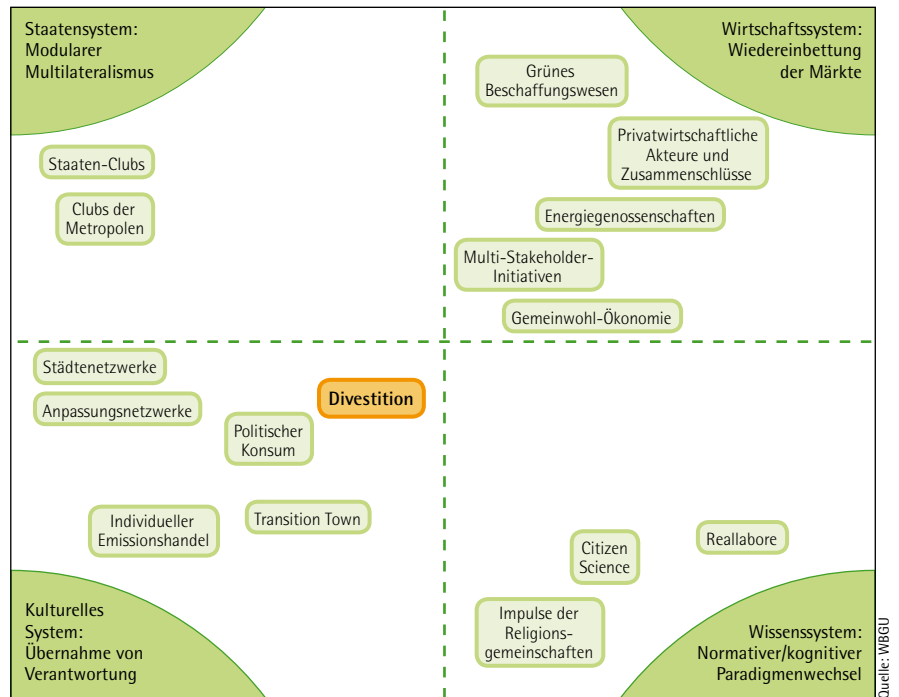


Bild 2: Gesellschaftliche Subsysteme, in denen klimapolitische Akteure agieren, und durch Initiativen angeregte Veränderungen

ten sind. So vergammeln die Äpfel am Boden und bald gibt's nichts mehr zu ernten. Eines muss klar sein: Wenn es DIE Lösung für unsere Probleme gäbe, müsste man nicht diskutieren. Aber allein auf Wirkungsgradsteigerung zu setzen ist zu wenig. Eine Energierevolution, wie wir sie brauchen, entsteht vielleicht nur unter Druck (siehe Divestment) oder durch Katastrophen, die es unbedingt zu vermeiden gilt.

Man beachte die enorme Aufgabe: Um die COP 21-Ziele zu erreichen, dürfte jeder Bundesbürger 2050 nur noch 1 t CO₂ pro Jahr verursachen, momentan liegen wir bei knapp 10 Tonnen.

Lösung Divestment?

Aus Unzufriedenheit und angesichts der Dringlichkeit des Handelns sondieren immer mehr Menschen und Institutionen nach Möglichkeiten, parallel zu den nur träge eingeleiteten klimapolitischen Maßnahmen, etwas zu bewirken. Das persönliche Engagement ist das eine, gemeinsame Aktionen motivieren jedoch mehr und haben zudem auch größere Erfolgsaussichten.

Eine klassische Vorgehensweise ist der Aufruf zu einem Boykott. Unternehmen, die ihre fossile Strategie nicht ändern und auf unverantwortliche Weise agieren gibt es viele. So ist es durchaus erfolgversprechend, sich gezielt gegen oder für bestimmte Produkte und Anbieter zu entscheiden. Die Marktmacht des Verbrauchers ist groß, jedoch wirkt sie erst, wenn sie organisiert und konsequent angewendet wird. Neben dem bekannten Boykott

gibt es auch noch den „Buykott“, bei dem man sich gezielt für ein Produkt oder einen Anbieter entscheidet. Weiterhin sind Spendenaktionen und natürlich auch Demonstrationen probate Mittel, da sie Öffentlichkeit schaffen und die „träge Masse“ aufrütteln können. Ebenso sinnvoll ist das Einreichen von Petitionen. Die fehlende Bodenständigkeit der Parlamente kann damit bisweilen überwunden werden. Oft ist es blankes Unwissen das bei Entscheidungsträgern zu falschen Einschätzungen führt. Allzu erfolgreich waren Eingaben in letzter Zeit zwar nicht, was die Skepsis gegenüber unserer Demokratie zwar beflügelt, uns aber nicht abhalten sollte als steter Tropfen zu wirken, der auch diesen Stein höhlen wird. Sogenannte NGO's, wie auch die DGS, arbeiten nicht viel anders. Sie informieren, intervenieren und justieren oftmals im Hintergrund. Gesetze, Normen und Verordnungen sind die Werkzeuge des Wandels, sie gilt es zu initiieren und zu beeinflussen. Auch wenn der Erfolg hier oft nur mäßig ist, ist diese Arbeit essentiell.

Wie weiter oben beschrieben streift man mit diesen Aktivitäten oft nur die Oberfläche. Trotzdem sollten diese nicht herabgewürdigt werden, kratzen sie oft erheblich am Image von Konzernen, einem wichtigen Qualitätsmerkmal für das Marketing. Um tiefer einzudringen ist es jedoch notwendig zu den globalen Geldflüssen vorzudringen. Um klimaschädliche Investitionen zu verhindern muss ein Kapitalabzug in größerem Maßstab erreicht werden. Die Divestment-Bewegung (oder auch Deinvestition) nimmt

sich deshalb Unternehmensbeteiligungen wie Aktien, private Beteiligungen oder Unternehmensanleihen vor. Unbeachtet von der Öffentlichkeit bunkern Pensionsfonds, Stiftungen, Lebensversicherungen oder auch Kirchen sehr viel Kapital. Wird dieses abgezogen und in nachhaltigere Anlagen reinvestiert kann durchaus eine qualitative Wirtschaftsdynamik entstehen.

Hintergrund: Der Wettbewerb um die besten Investitionsmöglichkeiten folgt einfachen Regeln. Wächst die Gefahr der Fehlinvestition (Stranded Assets) ziehen es Anleger bei der nächsten Gelegenheit ab und wenden sich anderen Märkten zu. Gelingt es den Kapitaleigner zu überzeugen, dass die ökonomischen Risiken eines Investments zu groß werden, beispielsweise durch das Verdeutlichen der Gefahr des möglichen Platzens der „Kohlenstoffblase“, ist eine Kapitalflucht aus Investitionen in fossile Energien naheliegend. Und werden die Märkte erst mal nervös, kann es auch mal recht schnell gehen. Fließt erst mal kein frisches Kapital nach, ist ein gerade noch attraktives Geschäftsmodell schnell obsolet.

Somit ist es wichtig, öffentliche Einrichtungen in die Verantwortung zu ziehen und deutlich zu machen, wie gefährlich es ist, beispielsweise die Altersvorsorge ihrer Angestellten mit derlei riskanten Geschäftsmodellen zu stützen. Ein prominentes Beispiel sind die betrieblichen Pensionsfonds. Allein in Europa verwalten diese Vermögenswerte in Höhe von etwa 3.500 Mrd. €. Dank einer EU-Richtlinie über „Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung“ müssen betriebliche Altersversicherungen zukünftig eine Deinvestment-Strategie verfolgen und sich von fossilen Brennstoffen verabschieden. Sie müssen das Geld der Kundinnen und Kunden nach sozialen und ökologischen Kriterien anlegen und eine gute Unternehmensführung berücksichtigen.

Das ist nur ein kleines Beispiel, das aber durchaus Schule macht. So haben sich mittlerweile mehr als 60 Städte der Divestment-Bewegung angeschlossen. Als erste deutsche Stadt deinvestiert Münster ihre 22 Mio. Euro Pensionsfonds und schließt auch für die Zukunft Investitionen in den fossilen Sektor aus. Firmen wie RWE, Shell, Arcelor Mittal, BASF und Total gehören ab dem 01.04.2016 nicht mehr zum städtischen Portfolio. Münster begründet die Entscheidung damit, dass Investitionen in Kohle, Öl und Gas nicht mit den städtischen Klimazielen vereinbar sind und dazu ein finanzielles Risiko darstellen. Im Juni beschloss auch Berlin den Abzug öffentlicher Gelder aus Un-

ternehmen, „deren Geschäftsmodell dem Ziel der Klimaneutralität widerspricht“. Die Berliner Pensionfonds in Höhe von 750 Mill. € beinhalten u.a. Anteile von RWE, E.ON und Total. Weltweit haben sich bereits mehr als 500 Institutionen wie Universitäten, religiöse und zivilgesellschaftliche Organisationen, Pensionsfonds und Städte der Divestment-Bewegung angeschlossen.

Dass die Argumente durchaus stichhaltig sind, belegen die nicht unerheblichen Kursverluste zahlreicher großer CO₂-Emittenten in Deutschland. Anderes Beispiel Bayern: Das Bundesland will Volkswagen wegen des Abgasskandals verklagen. Es geht dabei um die Kursverluste, durch die bayerischen Pensionsfonds ein Schaden in Höhe von etwa 0,7 Mio. €, entstanden sei. Auch wenn es hier um die Folgen des Diesel-Skandals handelt, ist dies letztendlich die Konsequenz eines verfehlten Managements, welches auch in Zukunft vor allem auf fossile Treibstoffe setzt.

Nach Angaben der Aktivistengruppe „Fossil Free“ haben sich bis Anfang 2015 schon an die 1.000 Institutionen und Einzelinvestoren der Bewegung angeschlossen, darunter der Rockefeller Brothers Fund, der skandinavische Großinvestor Storebrand, wie auch der Weltkirchenrat. Weitere potenzielle Divestment-Aktivistinnen sind Universitäten, alle Religionsgemeinschaften, Stiftungen und gemeinnützige Organisationen wie auch Kredit- und Entwicklungsbanken.

Jevons' Paradoxon

Darunter versteht man in der Ökonomie eine Beobachtung von William Stanley Jevons, der zufolge technologischer Fortschritt, der die effizientere Nutzung eines Rohstoffes erlaubt, letztlich zu einer erhöhten Nutzung dieses Rohstoffes führt, anstatt sie zu senken. In einem erweiterten Sinn wird heute von Rebound-Effekt gesprochen. In seinem 1865 erschienenen Buch *The Coal Question* stellte Jevons fest, dass Englands Kohlenverbrauch nach der Einführung von James Watts kohlebefeuerter Dampfmaschine anstieg, obwohl sie sehr viel effizienter war als Thomas Newcomens frühere Variante. Watts Neuerungen machten aus Kohle eine kostengünstigere Energiequelle und führten zu einer steigenden Verbreitung seiner Dampfmaschine im Verkehrsbereich und anderen Industriebereichen. Dies führte zu dem insgesamt erhöhten Kohlenverbrauch, obwohl zugleich der Verbrauch jeder einzelnen Anwendung nachließ.

(Quelle: Wikipedia)

Fazit

Divestment muss für die fossile Weltwirtschaft zum Virus werden. Die Erfolge der Vergangenheit geben durchaus Anlass zu einem verhaltenen Optimismus. Schließlich hat die Divestmentbewegungen in den USA bereits die Tabak- und Rüstungsindustrie als auch das Apartheidssystem Südafrikas in die Knie gezwungen. Divestment kann helfen, den trägen Transformationsprozess zu beschleunigen und eine Dynamik zu entwickeln die den Teufel bei den Hörnern packt. Noch sind die Renditen in umweltschädliche Technologien und auf Verbrennung von fossiler Energie basierende Produkte einfach zu hoch. Aber es ist nur eine Frage der Zeit, bis der Kippunkt erreicht ist und die Kohlenstoffblase platzt.

Deshalb kommen wir nicht umhin den Todesstoß für die Fossilien zu initiieren. Denn dass es dazu kommen wird ist unstrittig, angenehm wird es sicherlich nicht. Um es mit Hans Joachim Schellnhuber zu sagen: „Die Mächte und Kräfte können nur deshalb so zerstörerisch wirken, weil fast alle Menschen Komplizen der Untat sind. Gelegentlich aktiv, zumeist passiv. Wenn wir diese Komplizenschaft aufkündigen würden, fingen Regierungen rasch zu schwanken an und stolze Konzerne würden demütigt.“

Divestment ist eine gute Möglichkeit diese Komplizenschaft aufzukündigen. Allein deshalb gilt es Institutionen dazu zu drängen, das Geld, das diese für uns verwalten, in klimafreundliche Anlageformen zu transferieren. Ganz gemäß dem verantwortungsethischen Imperativ von Hans Jonas besteht schließlich für uns alle eine Grundpflicht gegenüber der Zukunft der Menschheit.

Quellen und Verweise

Klimaschutz als Weltbürgerbewegung, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)

Klima der Gerechtigkeit:

□ <http://klima-der-gerechtigkeit.de>

Fossil Free Münster:

□ <https://gofossilfree.wordpress.com>

Die Börse setzt auf Klimawandel, Gunnar Böttger, SONNENENERGIE 3|14

ZUM AUTOR:

► Matthias Hüttmann

huettmann@sonnenenergie.de